

Wenn nun aber auch das Kapital nicht so leicht dazu zu
gen ist, sich seiner leitenden Rolle zu begeben und besitzigen
lassen, so hat doch der Gedanke einer demokratischen Organi-
sation der industriellen Betriebe Anhänger auch unter bürgerlichen
Wirtschaftspolitikern gefunden. Die Entwicklung drängt dazu. Der
Fortschritt, dessen Lebensansprüche mit seinem Selbstbewußtsein wach-
send, der letzten Jahrzehnte mächtig gewachsen sind, hatte es trotz
der Kräftigung, die das Kapital durch Koalition erfahren hat, ver-
standen, seinen Forderungen energischer Nachdruck zu geben; er hat
gleichfalls haltet, und es steht nun Macht und Macht gegen-
über. Die Arbeiterverbände sammeln Geldmittel, die sie zur Ver-
besserung des Arbeitsangebotes gebrauchen, und begehren den
ihnen gebührenden Anteil am Gewinn. Sie müssen dies um so
mehr, als die Kaufkraft der Löhne durch die Kontrolle der Industrie
in der Verbindung der Landwirtschaft eine ständige Tendenz zum
Anwachsen zeigt. Der Lohnkampf ist deshalb zur wichtigsten Aufgabe
der Gewerkschaften geworden. Vielfach spielt sich dieser Kampf ab,
so daß es zur Anwendung des äußersten Mittels, der Arbeits-
streikung, kommt. In vielen Fällen jedoch kann die Erhöhung
der Löhne nur durch Androhung oder tatsächliche Ausübung des
Streikandes durchgesetzt werden. Treten dann Mißschläge in der
Streikung ein, so versuchen die Unternehmer, die Arbeiter von

der Notwendigkeit eines verringerten Entgeltes zu überlegen, mor- auf die Arbeiter begreificherweise in der Regel nicht eingehen können, was die Unternehmer dazu verleitet, einen Zwang durch Schließung der Betriebe auszuüben, besonders dann, wenn sie durch Schärfermachen der Besteuerung auf einen Pachtlohn abgesehen haben. Nebenfalls haben es die Arbeiter nur in schweren Kämpfen zutage gebracht, daß der Arbeitslohn von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ge- fallen ist.

Aber auch dann ist die Arbeiterkraft in einer unangenehmen Situation, weil ein so gewichtiger Umstand in den Gekostungen der Arbeitskraft, wie die Lebensmittelpreise, sich beim Abschluß von Tarifverträgen mit langer Geltungsdauer gar nicht zum Voraus mit Sicherheit berechnen lassen. Immer liegt die Gefahr vor, daß durch weitere Preissteigerungen auf den Lebensmittelmärkten die erzielten Lohnaufbesserungen wieder illusorisch gemacht werden können. Die verschiedenartigsten Versuche sind deshalb unternommen worden, um diese Gefahr zu verhüten, aber mit mehr oder weniger zweifelhaftem Erfolge. Noch lange nicht haben sich alle Unternehmer daran ge- wöhnt, die Arbeiter als einen gleichberechtigten Faktor zu betrachten und mit ihm zu feststehenden Abmachungen über die Berechnung des Arbeitslohnes zu gelangen. Wo starke einheitliche Arbeiter- verbände bestehen, werden die Verhandlungen erleichtert, indem Vertreter der Unternehmer mit denen der Arbeiter zu einer Ver- länderung zusammenkommen. In manchen Staaten wurden ständige oberste Schlichtungsgerichte und Lohnregulierungsämter errichtet. Aber trotz aller dieser Lohnpolitischen Experimente zur Verhütung von Streitigkeiten ist es nicht gelungen, Zahl und Umfang der Lohn- kämpfe auf die Dauer einzuschränken; eine höchst auffällige Tatsache für die, die das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit von einem ideologischen, also einem übernatürlichen, überirdischen Herrschafts- punkte aus betrachten und die sich der Illusion hingeben, daß die Klassenkämpfe bald an Intensität abnehmen werden. Lange Zeit hat man, verführt durch die glänzenden Erfolge der englischen Trade- unions, dieser mehr hoffnungsreichen als der Wirklichkeit entsprechen- den Auffassung gehuldigt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse während des letzten Jahrzehnts gewaltig geändert. Der Klassen- gegenstoß hat sich immer mehr verschärft, das Unternehmertum ist weiter denn je davon entfernt, in der Arbeit einen dem Kapital gleichberechtigten Teil zu sehen, dessen gleiches wirtschaftliches Recht man anerkennen mußte. Ungeachtet aller Erfahrungen gehen die kapitalistischen Klassen trotz des allgemeinen Wahnsinns darauf aus, den Staat zu einem Instrumente wider die Arbeiter zu machen und ihn zu Gewalttätigkeiten wider die Arbeiter zu mißbrauchen. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung — soweit sie nicht stillgelegt wer- den kann — dient dazu, die Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu unterdrücken, ihre Bestrebungen zu lähmen. Das Ziel der Unter- nehmerverbände von heute ist, die Unabhängigkeit der Arbeiter vollständig zu vernichten und ihre Forderungen zu unterdrücken. Deshalb soll die Arbeiterklasse des Sozialrechts, wenigstens so- weit sein eigentlicher Kern und Inhalt in Betracht kommt, beraubt und mit der leeren Hülle, also einem Scheinrechte abgetaucht werden.

Daneben geht das Streben des Kapitalismus, den Profit trotz der unvermeidlichen Steigerung des Lohnes zu erhöhen. Nicht allein, daß durch Kartellierungen aller Art eine Preisstabilität auf- gerichtet und jede Lohnsteigerung auf die Konsumenten, deren höchsten und empfindlichsten Teil die Arbeiter bilden, abgewälzt wird, sind die Unternehmer auch unangesehnt mit Erfolg bemüht, durch Ver- vollkommnung der technischen und kommerziellen Einrichtungen die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern. Die Folge ist nicht nur die relative, sondern flächenweise auch eine absolute Verschlechterung der Lage des Proletariats.

In diesem Sinne hat sich auch Karl Marx ausgesprochen. So in seinem „Kapital“ (I. Band, Seite 568 und 610): „Der reale Arbeitslohn (das heißt der Sachlohn) steigt nie verhältnismäßig mit der Produktivität der Arbeit.“ Dann in seinen „Vorlesungen über die Geschichte der Menschheit“ (Seite 28, 29, 33) und „Lohn, Preis und Profit“ (Seite 457), sowie in seiner „Kritik des sozialdemo- kratischen Parteiprogramms“ (Neue Zeit, Jahrgang IX, Seite 571). Selbst der christlich-konservative Staatsjurist Rodbertus spricht von einem „Gesetze der fallenden Lohnquote“. So in einem Briefe an Dr. M. Meyer: „Der Arbeitslohn steigt ... als Geldlohn, bleibt aber als Reallohn nicht bloß gleich, sondern ist seit 50 Jahren als Reallohn immer gefallen; fällt aber bei zunehmender Produktivität der nationalen Arbeit immer mehr.“

Die relative Verschlechterung der Lage des Proletariats wird durch verschiedene Ursachen begünstigt, so durch die Unfall- und Krankheitsversicherung, die zunehmende Überarbeit der Frauen, das fürchterliche Wohnungsleben und anderes. Die wachsende Abhängigkeit und Verdrängung des Kapitals ist nicht anders zu erklären als da- durch, daß der Arbeitslohn hinter dem Arbeitsvertrag immer mehr zurückbleibt. Auch nicht annehmbar nehmen die Arbeiter an dem Vertragszwange teil. Sogar ein fromm kapitalistischer Wirtschaft-

politiker wie der Professor Dr. K o b a t s c h an der Wiener Handels- akademie gesteht: „... Wenn man also die Lohnsteigerungen mit nüchternem Blicke als das, was sie wirklich sind, betrachtet, so er- scheinen sie durchaus nicht als der Ausdruck einer „aufsteigenden Bewegung“ der Arbeiterklasse in dem Sinne, als ob diese den Unter- nehmern und bestehenden Klassen in Bezug auf das Einkommen immer näher käme, als ob sich der riesige Abstand, die „soziale Kluft“ zwischen beiden Klassen verringerte. Die Lohnsteigerungen sind vielmehr nur ein langames, oft gehemmtes Nachrücken der Arbeiter in weiler Ferne, in gleichen, zeitweilig sich sogar vergrößernden Intervallen hinter den ebenfalls wachsenden Einkommen der Klassen des Besitzes.“

Und derselbe Autor fügt als Schlussfolgerung hinzu: „Die Be- strebungen der Arbeiter, die auf eine Besserung ihrer Lage gerichtet sind, finden somit ihre Rechtfertigung in der gesamten Entwicklung der Volkswirtschaft zu stets reichlicheren und größeren Erträgen der Produktion. Es wäre für den Staat sehr gefährlich, würden die arbeitenden Schichten, die große Masse der Staatsbürger, der Un- bemittelten, aber Erwerbslosen, auf die Erhöhung ihrer nominalen Einkünfte, ihres äußeren Standard of life verzichtet oder gebuldet hätten, bis ihnen eine solche Verbesserung freiwillig zugefallen wäre. Hierdurch würde sich der Abstand zwischen Besitz und Armut so außerordentlich jähneln und derart vergrößern, daß Arbeits- losungen, Hungersnöte und dergleichen die Folge wären. Jenen langsame, gemessene Nachrücken — und ein Mehr, ein Schneller ist dem bestorganisierten Arbeiter nicht möglich! — sowie die darauf zielende Politik ist daher noch das einzige Mittel, innerhalb der heutigen „Wirtschaftsordnung“ mit ihrer noch tiefstehenden unorganisierten, planlosen Produktion, die Lage der großen Mehrheit der Staats- bewohner — der Mehrzahl der produktiv Tätigen und der Konsum- menten, das heißt der Steuerträger — einigermaßen erträglich zu gestalten.“

Dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, sorgt — abgesehen von der zunehmenden Teuerung infolge der Zollsenkung und Steuerpolitik der Herrschenden, wodurch die Spannung zwischen Minimal- und Reallohn immer aufs neue vergrößert wird — die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer mathematischen Genauig- keit und Sicherheit. Wie wird innerhalb des Kapitalismus mit seinem Privateigentum an die Produktionsmittel die Ware Arbeits- kraft den Preis erzielen, der ihr gebührt. Die Erhöhung des Ar- beitspreises bleibt also festgebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangefast lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern.“ (Marx, „Kapital“, I. Band, Seite 595.)

Darum müssen die Arbeiter den Sturm gegen den Kapitalis- mus immer besser, immer ziel- und zweckbewusster organisieren, und zwar überall, wo er verhängt ist: im Fabrikator, im Arbeiter- leben, in der Gemeinde, im Massenstaate, wirtschaftlich durch die Gewerkschaften und Genossenschaften, politisch durch die Organisation als Klasse. Nur so wird der Arbeiterlohn gegenüber Grundbesitz, Kapi- talismus und Unternehmerprofit, in welche drei Teile der Mehr- wert sich spaltet, sein Recht finden und behaupten.

Metallarbeiterverhältnisse in Baden.

(Schluß.)

Auf dem Gebiete der Arbeitszeitüberziehung wur- den auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. So ist in der Mannheimer Metallindustrie die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden wöchentlich herabgesetzt worden. Eine Auto- mobilfabrik in Murgal arbeitete alle Tage von 6 Uhr morgens bis 3 1/2 Uhr nachmittags mit einer halbtägigen Ver- spause für die erwerbsfähigen Arbeiter, was die wöchentliche Arbeitszeit von 9 Stunden ergibt. Den Arbeitsbeginn mit 6 Uhr morgens finden wir zu früh angelegt. Immer weitere Verbreitung findet die englische oder ungeteilte Arbeitszeit mit weniger Arbeitsstunden an den Samstagen und Vortagen an Festtagen, was mit Freude zu begrüßen ist. Es führten sie auch zwei größere Ma- schinenfabriken in Sinsheim und eine Metall- warenfabrik in der Nähe von Karlsruhe, ferner zahlreiche Betriebe in Mannheim ein.

Die Uhrenindustrie veranlaßte zur Abwehrung eine kleine Heise gegen die Fabrikanten, weil sie nicht für nüt- zliche Heberarbeit zu haben ist, womit sie nur ganz ver- nünftig handelt. Die Fabrikinspektion berichtet über den Fall: „Die Handelskammer für den Kreis Sinsheim und den Umkreis hat Kenntnis beantragt beim Ministerium des Innern, die Uhren- industrie unter die im § 154 der Badischen Schutzgesetzordnung zur Gewerbeordnung angeführten Zeitfabriken namentlich auszu- nehmen, ihr weitgehende Vergünstigungen beim Bundesrat zu erwirken und das Gewerbeamt in Karlsruhe bei der Be- arbeitung der Heberarbeitsgesetze auszu-

schalten. Da wir die Heberarbeitsgesetze aus der Uhrenindustrie mit einer einzigen Ausnahme befürworten, bei welcher wiederholte Zulieferungen der nachschaffenden Stroma gegen die Schutzgesetze die Ablehnung begründeten, so muß wohl dieser Fall den Anlaß zu den Vorstellungen der Handelskammer gegeben haben. Das Ministerium des Innern befragte die Eingabe nicht weiter, da zur- zeit dem Bundesrat und Reichstag ein Antrag des Deutschen Handelsstages zur Aenderung der bestehenden Vorschriften vorliegt.“

Dazu wäre unserer Verhältnisse zu bemerken. Einmal möchten wir das Verlangen der Uhrenindustriellen aber der von ihnen vor- geschobenen Handelskammer, die Uhrenindustrie als eine „Saison- industrie“ zu qualifizieren, als ein sehr sonderbares bezeichnen. Ebenfalls könnte man das gleiche auch für die Bäckerei und Metzgerei verlangen. Die Uhrenindustrie kennt keine Saisonarbeit; es gibt keine besonderen Sommer- oder Winterzeiten, sondern nur die gleichen Uhren — Banduhren wie Taschuhren — für alle Jahreszeiten und auch die „Modells“ wechseln nicht von einem Vierteljahr zum andern. Wohl mag der Uhrenhandel nicht immer gleichmäßigen Geschäftsgang während des ganzen Jahres haben, aber davon wird doch nur er betroffen und auch nicht etwa in dem Maße, wie zum Beispiel Metzgereien, also wirklich Saisongeschäfte. Und dabei handelt es sich immer um die gleichen Uhren, die das ganze Jahr hindurch gekauft und gebraucht werden. Wenn das gleiche oder ähnliche wie die Badische Handelskammer auch der Deutsche Handelsstag verlangt, so müßte sein Antrag ebenfalls ent- schieden zurückgewiesen werden.

Sodann muß gesagt werden, daß die verlangte Ausschaltung der Wirkung der Gewerbeinspektion bei der Durchführung der wichtigsten Punkte der Arbeiterschutzgesetzgebung, des gesetzlichen Minimalarbeitsgesetzes für die Arbeiterinnen und Jugendlichen, nicht nur eine Verwässerung, wenn nicht tatsächliche Aufhebung derselben bedeuten würde, sondern auch eine starke Brückierung der Gewerbe- inspektion ist.

Aber es handelt sich für die Uhrenindustriellen dabei um eine Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und Erhöhung ihres Profits, um tatsächliche, wenn auch nicht formelle Ausschaltung des gesetzlichen Arbeitsgesetzes, und zur Erreichung dieses Zweckes streben sie auch vor Rücksichtslosigkeit selbst gegen hohe Staatsbeamte nicht zurück.

Wir können das Vorgehen der Uhrenindustriellen und ihrer Handelskammer nur auf das schärfste verurteilen und die badische Regierung ersuchen, diese arbeiter- und fortschrittsfeindlichen Unter- nehmerpläne zurückzuweisen.

Ueber den im obigen Sitte erwähnten Fall der Zurückweisung des Heberarbeitsgesetzes einer Uhrenfabrikantenfabrik wird an anderer Stelle des Berichtes mitgeteilt, daß deren Direktor lung vor- her wegen unzulässiger Heberarbeitsgesetze von Arbeiterinnen eine Geldstrafe von 20 M. erhalten hatte. „Um möchte man der Gefes- sigkeit freie Bahn machen, um die freie Ausbeutungsfreiheit — „Freiheit der Arbeit“ jagen reichlich und irreführend die Kapi- talisten — zu betrieblen.“

Wegen geschäftlicher Sonnagsarbeit erhielt der Be- sitzer eines Verzinsungsbetriebes 50 M. Geldstrafe. Wenn der Bericht dazu bemerkt, daß solche unzulässige Sonnagsarbeit oft nur durch Zufall bekannt wird, weil die Arbeiter den damit verbundenen Mehrdienst oft gerne nehmen und daher die Anzeige unterlassen, die früher häufiger gemacht wurde, so ist das ein sehr bedauerlicher Zustand. Die Arbeiter sollen an den sechs Arbeitstagen der Woche soviel verdienen, um damit in auskömmlicher Weise bestehen zu können und sie sollen den Sonntag als den einzigen freien Tag der Woche, als den Tag der Erholung, des Lebens und des Genußes an- gehörens hochhalten und auf ihn unter keinen Umständen ver- zichten.

Ueber eine eigenartige Lohnauszahlung wird folgendes be- richtet: „Eine Maschinenfabrik rundet der bequemen Auszahlung zuliebe die Lohnbeträge vorübergehend auf volle Mark auf. Der danach an einem Tagtag zuviel ausbezahlte Betrag wird von der folgenden Zahlung abgezogen. Die Firma beabsichtigte ursprünglich, die berechneten Lohnbeträge auf volle Mark nach unten abzurunden und die dadurch wegfallenden Pfennige am folgenden Tagtag nachzuzahlen, gab aber dieses Vorhaben wegen des Wider- spruchs der Arbeiter wieder auf. Als eine „ideale“, die Arbeiter befriedigende Einrichtung können wir diese Art der Lohnzahlung nicht ansehen.“

Auch über die Züchtung von Streikbrechern wird berichtet. Danach hat eine größere Maschinenfabrik mit einer Anzahl von älteren und jüngeren Arbeitern Sonder- berteile zu dem Zwecke abgeschlossen, bei einem etwaigen Streik die Aufrechterhaltung des Betriebes wenigstens einigermaßen zu er- möglichen. Die Firma zahlt „bösen Leuten“ feste Wochenlöhne von 35 bis 40 M. bei neunwöchiger Arbeitszeit. Während des jähr- lichen Urlaubs, bei Krankheitsfällen und militärischen Übungen wird der Lohn bis zur Dauer einer Woche weiterbezahlt. Abzüge

Technische Rundschau.

Neue Patente auf dem Gebiete der mechan. Metallverarbeitung.

Kolbenringe werden bekanntlich im Allgemeinen von einer Außen- und inneren Ring- oder ausgebreiteten Ringe abgetrennt, wodurch die äußere und innere Wandung entweder konzentrisch oder gegen- seitig zueinander angeordnet sind. Daraus wird entsprechend der gewöhnlichen Spannung, die der Ring im Zylinder ausüben soll, und entsprechend sonstigen Erfordernissen des Betriebes aus dem abgetrennten Ring ein Stück herausgeschliffen. Wenn dieser dann ausgetrennt wird, nimmt er bei der Trennung eine obere Form an, so daß, wenn er in zusammengepresstem Zustande abgetrennt wird, dieser nachteilig ist bei einem Verfahren zur Herstellung von Kolbenringen (258 270, Firma Louis Böcker in Berlin-Bezirk) beschrieben werden. Gemäß der Erfindung wird der Ring wie bisher von einer Ringe abgetrennt, deren Wandungen konzentrisch oder gegenüber sein können. Daraus wird in gleich- falls bekannter Weise ein Stück aus dem Ringe herausgeschliffen und der Ring zusammengepresst. Dann wird aber der Kolbenring nicht abgetrennt, sondern er wird in einer bestimmten Lage und durch Bolzen, Ringe oder Stämme an dessen innere Wandung angebracht, so daß er an seiner Ringwandung eine bestimmte Form annimmt, entsprechend der inneren Wandung des Zylinder- rings. Zweckmäßig wird man dabei die innere Wandung des Kolbenrings gegenüber den Stellen des Zylinderkopfes, die der Zylinder des größten Widerstand entgegenstellen, etwas mehr anheben.

Ein anderes Patent betrifft eine Maschine zur Herstellung von „Kettengliedern“ (257 536, Firma Fr. Späth in Pforzheim). Hier besteht eine Vorrichtung, nach der die abgetrennten Ringe durch eine Vorrichtung in einer U-Form gezogen hat, das borge- schobene Kettenglied einer Vorrichtung zu ihr gezogenen Ringe mit einem Vorwärtsschieben, die das letzte fertige Glied auf der Seite des, das sie ziehen des borgehenden Glieds durch das bereits fertige, somit gleichzeitig — zur Bildung eines Kettenglieds — die Kettengliederung — über einen Vorwärtsschieber, worauf die Glieder des borgehenden Glieds an einen Vorwärtsschieber gezogen werden. Hiermit führen beide Ringe das Glied zu einer Vorrichtung, worauf sie es einer dritten Ringe ent-

gegenbreiten, die das freie Ende des Gliedes fest und durch gleich- zeitiges, aber entgegengesetztes Drehen mit der ersten Ringe das Glied herstellt. Die zweite Ringe gibt das bereits fertige Glied frei, trägt das eben hergestellte Glied und bringt es in die richtige Lage zur Seite, während diese durch eine dritte Ringe gehalten wird, worauf die Rückkehr der Ringe in ihre ursprüngliche Lage stattfindet.

Nach der bisherigen Bauart gewisser Motorenpressen ist der Dampfzylinder hinter dem Stempelzylinder gelegen, und zur gegen- seitigen Bewegung ist zwischen beiden ein Spielraum freigelassen. Diese Anordnung hat aber unangenehme Folgen, so daß man Dampf- und Stempelzylinder auch schon nebeneinander gelagert hat, wobei jedoch wieder andere Mängel eintraten. Daraus wird bei einer „Maschine zum Pressen von Schraubenschnitten oder ähnlichen Werk- stücken“ (257 535, Maschinenfabrik Sauerländer, A.-G. in Düsseldorf) die bekannte Hintereinanderverlagerung der Zylinder beibehalten. Die Führung des Stempelzylinders wird jedoch ohne Vergrößerung der Bauhöhe der Maschine wesentlich länger, da der Stempelzylinder selbst erheblich länger werden kann. Dies wird dadurch erzielt, daß man den Dampfzylinder um einen Teil seiner Länge in den Stempelzylinder eingreifen läßt und diesen Teil im Stempel- zylinder selbst führt, während der hintere Teil des Dampfzylinders wie bisher in der Maschine seine Führung hat. Um den Betrag dieses Hintereinandergreifens der beiden Zylinder wird also die Führung des Stempelzylinders bei gleicher Bauhöhe der Maschine länger, wodurch die Führung eine genauere wird.

Ferner wird eine „Vorrichtung“, deren Gegenstand- sache auf dem Schmelzen von Metallen eines mit einem nach einem Schmelz- fähigen Material beschaffenem Zylinder angeordnet ist“ (258 312, Eisenwerke und Maschinenbau A.-G. in Düsseldorf) beschrieben. Die Erfindung bezieht sich auf die Herstellung des nach dem Schmelzen fähigen, auf dem Sitz des Schmelz- fähigen Materials liegt der Zylinder im Zylinder des Schmelz- fähigen Materials, während beim Schmelzen des Zylinder- schmelzes, das Schmelz- fähige, das eine Schmelz- fähige des ersten Schmelz- fähigen mit der Gegenstands- sache wird dadurch vollständig in seine alte Form gebracht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Dampfmaschinenfundamente zu lange der Wärmeeinwirkung des Raumes im Laufe der Zeit setzen. Je nach der Beschaffenheit des Erdbores kommt es aber häufig vor, daß diese Fundamente ungleichmäßig versinken. Es treten dann

in den bisher bekannt gewordenen Schmelzmaschinenkonstruktionen der Doppelständerhammer von vornherein innere Spannungen auf, die mit den bei dem Betriebe des Hammeres auftretenden Spannungen oft den Bruch einzelner Konstruktionsstücke herbeiführen. Es sind zwar Hammer mit 1 Ständer bekannt, bei denen die einzelnen Ständer in sich als Gelfachwerk ausgebildet sind. Doch ist hier- durch eine festlich bestimmte, von unkontrollierbaren Wiegungs- spannungen freie Bauart nicht geschaffen. Daraus ist ein „Doppel- ständerhammer“ (258 366, W. Franke in Aachen) derart ausgebildet, daß die beiden Ständer in ihren oberen Enden durch ein Gelfach vereinigt sind und daß, um Spannungen im Hammergestell infolge einer Schiefstellung der Schmelzplatten zu verhindern, jeder Ständer am Fußende wiederum durch je ein Gelfach mit der Schmelzplatte verbunden ist. Ferner ist der Dampfzylinder nur mit dem einen der beiden Ständer verbunden.

Ein „Ständer zum Pressen bogenförmiger Ringe von gerad- flächigen Teilen“ (257 603, Jean Böde in Wiesbaden) verfolgt den Zweck, durch eine besondere Ausgestaltung einen ununter- brochenen Vorstoß des Werkstückes zu ermöglichen, womit eine Zeitersparnis gegenüber den bekannten Verfahren verbunden wäre. Zu diesem Zweck sind die Ringe des Zylinders auf einer Spirale angeordnet, deren Radialbewegung der Zylinderbewegung entspricht. Ferner bildet die Oberseite der Pressenringe eine Schraubenlinie, deren Steigung der Wellenachse gleich ist. So kann die Herstellung der Ringe im Zylinder selbst bei ununterbrochenem Vorstoß des- selben erfolgen, indem bei je einer Umdrehung des Zylinders eine Ringe ausgeführt wird, wobei jeder folgende Ringe immer tiefer gräbt. Die ununterbrochene Vorrichtung wird durch die erwähnte Spiralanlage ermöglicht, die ein Wälzen der Ringe mit dem Werkstück erlaubt. Zur Regelung der Zylinderbewegung ist ferner am Pro- fil ein verstellbarer Anschlag angebracht, der den nach nicht bearbeiteten Teilen zurückführt.

Der Gegenstand einer anderen Erfindung bildet eine „Schrauben- schneidmaschine“ (258 525, W. Louis in Berlin-Bezirk), mit der Schrauben bis zu den kleinsten Abmessungen, wie sie zum Beispiel in der Uhr- und Feinmechanik in großen Mengen gebraucht werden, vollkommen automatisch leichtfertig werden können. Bei den bekannten Maschinen hängen sich die Schrauben an einen gabelförmigen Greifer. Durch eine Abstreifvorrichtung oder auch dadurch, daß die Schneidspitze des Greifers ständig ausgetrieben ist, gleiten sie dann infolge ihres eigenen Schwerkraftes von Greifer in einen schrägen Kanal bis zu dessen tiefer liegendem Ende, wo sie sich

für Feiertage und dergleichen erfolgen nicht, die Beiträge zur Krankenpflege zahlt die Firma. Die Gründungsfrist ist monatlich und nur auf den Monatsersten zulässig. Die Arbeiter verpflichten sich, keiner Organisation anzugehören. Die Firma erkennt im übrigen die Organisation an und trägt keinem Arbeiter etwas nach, der der Organisation zuliebe den Abschluß eines solchen Vertrages ablehnt.

Ein vollständiger Wagniskauf — ein Stahlschloßverkauf auf Seiten der Arbeiter, eine Art Provision zum Veral seiner Rehen- und Mitarbeiter! Aber selbst den weiblichen Prostituierten der Großstädte wird Solidarität untereinander nachgerühmt. Sie halten zusammen und betreten einander nicht und sei es auch nur im Kampfe mit der Polizei. So sehen die Glieder der kapitalistischen Prätorianergarde erheblich unter dem Niveau der weiblichen Prostitution.

Aus dem Kapitel der Unfälle müchten wir einen solchen anführen als Warnung vor gleichgültiger Behandlung von Verletzungen. Ein 22jähriger Handwerker fiel beim Bläsen mit dem Auge gegen einen auf einem Formkasten stehenden Hammerstiel und erlebte weiter, ohne besondere Schmerzen zu verspüren. Am anderen Tage stellte der Arzt die vollständige Zerstörung des Auges fest, das amputiert werden mußte.

Eine große Maschinenfabrik Mittelbadens hat zur sicheren Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften die für die einzelnen Betriebsabteilungen wichtigsten Bestimmungen zusammengestellt und mit der Ueberwachung bestimmte, zu dem Zweck besonders geeignete Personen beauftragt. Diese Ueberwachungsbeamten werden auch bei Neuanschaffungen und Umbauten zu Rate gezogen. Ein vernünftiges und zweckmäßiges Verfahren.

Die Gewerbeinspektion empfiehlt den Unternehmern, bei Bestellung von Maschinen durch schriftliches Uebereinkommen den Maschinenfabrikanten ausdrücklich die Verpflichtung aufzuerlegen, Betriebsvorschriften, Maschinen, Gerätschaften u. s. w. in einer den Vorschriften der Gewerbeordnung entsprechenden Weise zu liefern, namentlich mit allen Schutzvorrichtungen, die die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft erforderlich machen. Dieses Vorgehen ist sehr zu begrüßen und ihm voller Erfolg zu wünschen.

In den Tabellen werden zahlreiche Gesetzesübertretungen angeführt, die ja zweifellos nur einen Teil der wirklich vorgekommenen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzgesetze ausmachen. Und da sind im ganzen 17 Bestrafungen verzeichnet, bei denen es sich erst noch meistens nur um geringe Geldbußen handelt. So werden auch Gesetzesübertretungen von den Unternehmern und ihren Beamten recht leicht genommen. Gegen die Arbeiter werden bekanntlich auch in Baden die Gesetze viel strenger angewendet. Es sollten die einen wie die anderen gleich behandelt werden.

Zum internationalen Metallarbeiter-Kongreß.

II.

Da die Verhandlungen mit den englischen Tradeunions nach Lage der Dinge vorderhand nicht zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen führen können, ist es unnütz, sich auf diesem Kongreß wieder damit zu befassen. Viel vorteilhafter wäre es, wenn die Zeit zu Beratungen dafür verwendet würde, wie die Tradeunions der Vereinigten Staaten zu unserer Internationalen zu bringen sind. Denn in viel ausgeprägterem Maße, von viel mehr Mitgliedern, wird die unkollegiale Aufnahme, nein Abweisung, durch amerikanische Gewerkschaften geführt. Dann läßt das schnelle Zunehmen des Liebesgewichts der Metallindustrie der Vereinigten Staaten und die Vermehrung der Handelsbeziehungen zwischen der alten und der neuen Welt eine enge Verbindung mit unseren Berufsgenossen jenseits des Ozeans viel dringender erscheinen. Zwar läuft von Zeit zu Zeit ein Artikel durch die Arbeiterpresse, der erzählt, wieviel Gewerkschaften unsere Mitgliedsblätter als vollständig anerkennen. Wer sich aber im Vertrauen auf die Wahrheit solcher Berichte nach einem amerikanischen Untertempel begibt, kann garstige Erfahrungen machen.

Nun haben sich viele von den frisch in die „herrliche Republik auf Gottes weite Erde“ eingewanderten Metallarbeitern Neigung und Barmittel genug, 15, 25, 35 oder noch mehr Dollar als Eintrittsgeld auf dem Altar des Tradeunionismus zu opfern. Ihr Vertrauen auf die Solidarität ihrer Klassengenossen des Landes ihrer Wahl wird erschüttert, unorganisiert wie sie dann gegenwärtig stehen, müssen sie sich in open shops, in unorganisierten Betrieben, herumdrücken, gehen schließlich für die Organisation verloren und werden womöglich zur letzten Beute des Unternehmertums. Trifft dann diese Gewerkschaften in eine Bewegung ein, dann wundern sie sich noch über die große Zahl der „geitverdammten europäischen Schwarzbeine“. Auf diese Weise haben die europäischen Verbände schon Tausende von treuherren Kollegen verloren.

Durch den Mangel an Gegenseitigkeitsverträgen mit Amerika werden nun zwar die Verbände in Deutschland, der Schweiz und

teilweise sammeln, und von wo sie darauf weiter durch ihr eigenes Schicksal, auch wohl durch die Erschütterungen der Maschine in ihren rotierenden Teller oder in eine andere Vorrichtung gleiten, die sie dem Werkzeug schließlich zuführt. Diese Zuführungsmittel verfügen über erfahrungsgemäß leicht bei sehr kleinen Werkstücken. Diese gleiten nämlich nicht richtig in den Kanal und zum Teller und sie fallen leicht bereits beim Uebergang vom Geißer zum Kanal, in dem sie dann gern eine verkehrte Lage einnehmen, die zu Verstopfungen führt. Und die richtig liegenden Schrauben werden wieder leicht durch die Erschütterungen des Apparates durcheinander geworfen. Am meisten kommen Störungen aber wohl an der Stelle vor, wo die Schrauben vom Kanal in den rotierenden Teller — oder in die Vorrichtung zum Schützen — fallen sollen. Hier gleiten sie infolge ihres geringen Eigengewichts oft nur halb oder verkehrt weiter, so daß beständige Betriebsstörungen eintreten. Bei der neuen Schraubenfräsmaschine, der die Schrauben aus einem Bohrstrom mittels eines Schiebers und eines Drehtellers zugeführt werden, ist nun folgende Mängelung getrossen worden: Ein in seiner Schüsselung mit der Oberfläche des Drehtellers abnehmender Schieber wird zunächst in einer Zwischenstellung von dem auf ihm fallenden Werkstücken durch eine hin- und hergehende Wippe befreit. Dann werden in der Schüsselung die auf ihm befindlichen Schrauben durch einen Delfstrahl gegen den Drehteller gedrückt, in dessen Aufnahmeöffnungen sie durch einen sich seitlich hinter den Schraubenkopf schiebenden Stößel gebracht werden. Dieser Stößel ist quer zu seiner Waffe federnd gelagert.

Ferner wurde in die Patentreile eingetragen ein „Gewindebohrer zum Nachschneiden vorhandener Riefen“ und „Feuerbüchsegewinde“ (259 167, Ullmengenellschaft für Fabrikation Feisbauwerfcher Werkzeuge in Zürich). Mit diesem sollen ohne besondere Sorgfalt des Arbeiters leicht und rasch Gewinde ohne Anwendung und auch ohne Verwendung besonderer Reifstahln nachgeschliffen werden können. Zu diesem Zwecke besitzt der Gewindebohrer ein Führungsgewinde und ein Schneidgewinde, das fortlaufend geschliffen ist. Zwischen dem Schneidgewinde und dem Führungsgewinde befindet sich ein als Reibhülse ausgebildeter Teil, der die Kernbohrung des aufzuführenden Gewindes auf das gewünschte Maß erweitert. Reibhülse Gewindebohrer ist ein Verschleißteil des alten Gewindes wohl ausgeschlossen, da beide Gewinde des Bohrers solange in das vorhandene Gewinde des Werkstückes lassen, bis sich der Bohrer in den nachgeschliffenen Gängen führt.

in Frankreich weniger geschädigt, da auch aus ihren Tätigkeitsgebieten immer weniger Leute zu Ostel Sam wandern. Die großen Berufsträger sind die Verbände in Österreich-Ungarn, Italien und dann auch das Vereinigte Königreich. Zu den 1 041 000 Einwanderern (1910) stellte das erste 258 000, das zweite 215 000, das dritte 98 000, Deutschland dagegen nur 31 000, die Schweiz 3500 und Frankreich 6600. Unter diesen Einwanderern sind sicherlich Tausende organisierter Metallarbeiter. Wieviel, läßt sich leider nicht sagen. Hätte unser Bund eine internationale Karte, wie sie die Buchbinder und Transportarbeiter haben, so ließe sich ziemlich genau feststellen, wieviel Mitglieder wie an Amerika abgegeben und könnten mit der Karte abends noch prächtige Kasse machen.

Die internationale Transportarbeiter-Föderation gibt jedem über See fahrenden Mitglied eine „Internationale Kontroll- oder Legitimationskarte“ mit auf den Weg. Mit diesem Ausweis hat das Mitglied, ob es sich nun an der atlantischen oder pazifischen oder an einer anderen Küste befindet, Anrecht auf den Schutz und die Unterstützung der Organisation. Eine sehr lobenswerte Einrichtung, die für den Metallarbeiterbund nach dem Wunschzettel steht. Leider! Herrgott, wie würden unsere Kollegen, die die Suche nach Brot in die Welt treibt, an unserer Internationalen hängen, wie stolz könnten sie auf die Organisation sein, die ihnen in allen Industriegebieten der Erde offene Türen, wohlwollende Freunde, ehrlichen Rat und helfende Tat gesichert hat!

Einige der britischen Tradeunions haben sich gegen Mitgliederverlust durch Auswanderung geschützt, indem sie Verwaltungstellen in den Kolonien errichteten. Die Amalgamated Society of Engineers hat selbst in den Vereinigten Staaten Zweigvereine geschaffen. Diese Einrichtung ist für die Organisation wie für die Mitglieder gleich vorteilhaft und beugt dem Verlust von Mitgliedern so gut vor, wie es unter jetzigen Umständen eben möglich ist.

Die (europäischen) kontinentalen Metallarbeiterverbände haben in den Gebieten des Ostel Sam, besonders in den Staaten New York, Illinois, Pennsylvania und Kalifornien viel stärkere Häuser (sehr zahlreicher) Mitglieder, als unsere englischen Bruderverbände. Für sie aus Gruppen gründen, wie es die A. S. E. für ihre Unter getan hat, ist natürlich nicht gut möglich, noch ist es wünschenswert. Unsere Kollegen können nichts besseres tun, als sich den amerikanischen Nachbarn anschließen. Das gebietet ihnen ihr eigenes Interesse, weil sie dann in die organisierten Betriebe eintreten können, wo höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit vorherrschen; es liegt auch im Interesse der Tradeunions, weil sie dadurch ohne Mühe Mitglieder erhalten und die Zahl der Mitglieder unterhalten wird.

Diese Tatsachen müßten eigentlich sämtliche Tradeunions Amerikas veranlassen, unseren Verbänden beizutreten. Dem Eintritt zu erleichtern, müßten sie zu Freunden von Gegenseitigkeitsverträgen, zu Anhängern der Internationalen Bundes machen. Dem ist aber leider nicht so. Von den 23 der amerikanischen Gewerkschaftszentrale (American Federation of Labor) angeschlossenen Metallarbeitergewerkschaften mit 259 000 Mitgliedern gehört dem Bund meines Wissens nur eine einzige, und noch dazu eine ganz kleine, an. Die meisten dieser Körperschaften, die sich stolz „Internationale Brüderschaften“ nennen, zeigen wenig Verständnis für die internationale Vereinigung. Das Gleiche gilt auch für die australischen, spanischen und südafrikanischen Verbände und für einen großen Teil der englischen.

Im Vereinigten Königreich gibt es (1911) 314 Metallarbeiterverbände mit 314 983 Angehörigen. Davon gehören zum Bund nur 18 mit 189 409 Mitgliedern. Gewiß sind viele der fernstehenden Unions kraft- und lastlos, bei denen, solange sie allein stehen, der internationale Gedanke schwerlich reifen wird. Allein daneben stehen auch noch große, finanziell und zahlenmäßig wichtige Verbände, wie der 55 000 Mann starke Verband der Riefstahlarbeiter und Schiffbauern, deren Beitritt zum Bund für beide Teile gewinnbringend sein würde.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß unsere Internationale ihre Ziele und Verpflichtungen nur halb erfüllen kann, solange noch solche Massen Organisierter abseits stehen. Man sagt den Angehörigen nach, daß sie sehr praktische Leute seien. Sollten sie nicht von der Nützlichkeit und der Unerläßlichkeit des internationalen Zusammenschlusses zu überzeugen sein? Sollte das, was den Transportarbeitern, den Bauern, den Glasarbeitern, den Bergleuten gelungen ist, nicht auch den Metallarbeitern möglich sein? Ich sehe nichts, was wie eine Verneinung gedeutet werden könnte. Die Frage ist nur: Wie?

Die Quelle der Klagen ist die Gleichgültigkeit am Internationalen Bund. Zum ersten wird über den geringen Eifer angeschlossener Verbände in der Berichterstattung geklagt, zum anderen über die geringe Neigung der noch fernstehenden Verbände zum Beitritt. Diese Uebel entspringen zum besten Teil der Unkenntnis der Nützlichkeit und Unerläßlichkeit des Bundes, ja seiner Existenz überhaupt. Kein Wunder. Von seiner Tätigkeit bringt derzeit wenig in die Öffentlichkeit; er lebt viel zu viel in den Hinterhöfen. Von ihm gewöhnt selbst die Masse der Mitglieder immer erst etwas, wenn ein internationaler Kongreß stattfindet, und dies beileibe nicht nur in England und Amerika. So kann die Werbe- kraft, die der internationalen Verbrüderung der Berufsgenossen innewohnt, natürlich nicht zu Taten reifen. Zur Popularisierung des Internationalen Bundes ist vor allem die Internationale Metallarbeiter-Rundschau zu rufen. Freilich müßte sie zu diesem Zwecke etwas anderen Inhaltes sein. Ein drei sprachiges Monatsorgan kann meines Erachtens nicht die Aufgabe haben, lange Verhandlungen über die Sozialgesetzgebung vieler Länder zu bringen. Der Wunsch danach möchte verständlich sein, als in England und Frankreich Verfassungsgesetze geschaffen wurden. Der kleine Kreis von Kollegen, der sich für diese Materie interessiert, könnte sich viel besser durch die Veröffentlichungen der Arbeitsämter und Arbeitersekretariate unterrichten, die für einige Kupfermünzen oder ganz umsonst zu haben sind. Von dieser vielfältigen und sehr schwierigen Materie können auf dem engen Raum der Rundschau doch bloß Bruchstücke gebracht werden, die im besten Fall nicht viel nützen.

Ueberhaupt sollten aus der Rundschau alle langen Verhandlungen gelassen werden. Sie sollte das wirklich werden, was sie nun sein kann: ein gewerkschaftliches Nachrichtenblatt. Sie müßte sich darauf beschränken, regelmäßig kurze Berichte über die Arbeitsbedingungen und Bewegungen der einzelnen Berufe der Metallindustrie aller Industrieländer und über die Einrichtungen und den Stand der Berufsorganisationen zu bringen. Und wenn dazwischen hinein an der Hand von Tatsachen oder Vorgängen die Vorteilhaftigkeit der Zentralisation und die Nützlichkeit der internationalen Vereinigung gezeigt wird, so kann das nur möglich sein. Ueber diese beiden Dinge kann nicht genug geschrieben werden, weniger für den Kontinent, wohl aber für die angelsächsischen Länder. In Reich und Glanz des Tradeunionismus ist die Kenntnis über den Aufbau der Zentralorganisationen in germanischen Ländern nicht genügend groß, wie man dort auch noch nicht genügend weiß von der Existenz und den Bestrebungen des Internationalen Bundes. Soll die Neigung für diese Körperchaft steigen, so müssen auch ihre Vorteile bekannt sein. Ignoti nulla cupido! (Nach Unbekanntem verlangt es einem nicht.)

Im Ausland interessiert man sich begreiflicherweise zuerst für seine engeren Berufskollegen jenseits der Grenze. Beamte wie Mitglieder verlangt es in gleicher Weise zu wissen, wie ihre Kollegen anderwärts organisiert, welches ihre Arbeitsverhältnisse und Bestimmungen sind. Das ist, das hierüber gut berichtet, wird gerne gelesen. Denn es reizt die Sachkenntnis, die der Gewerkschaftsmann in der Agitation und bei Verhandlungen mit dem Unternehmer braucht.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Die Metallindustrie zählt an die zwei Duzend Berufe. Wird bei der Berichterstattung jeder oder möglichst jeder Beruf berücksichtigt, was notwendig ist, dann ist auch der Raum vollständig gefüllt. Sollte hier und da einmal eine längere Abhandlung über einen bestimmten Gegenstand notwendig sein, dann muß dafür eine Beilage gemacht werden. Grundsatz muß werden: der gewöhnliche Raum für die regelmäßige Berichterstattung. Und diese muß, soll sie Wert haben, systematisch sein; sie darf nicht so sehr nach Zufälligkeit stehen, wie das heute der Fall ist.

Unvollständiger Mensch, höre ich sagen, weiß du denn nicht, daß keine Vorschläge nicht ausführbar sind, weil eben Berichte nur selten oder gar nicht eingeleitet werden? Darauf weiß ich nur zu erwiedern, daß, wenn man lesen will, bis von den Berufsorganisationen regelmäßig berichtet wird, es nichts anderes heißt, als die Berichterstattung ad calendae graecas verlangen. Die französischen und angelsächsischen Verbände, schnell und zupflichtig, wie sie zum Teil noch sind, verfügen über wenig Beamte. Bei diesen vielbeschäftigten Leuten kann man Zeit oder Neigung für solche schriftlichen Arbeiten schwerlich voraussetzen. Aber ist denn solche Berichterstattung überhaupt so unbedingt notwendig? Ich glaube nur in besonderen Fällen.

Die täglich und wöchentlich erscheinenden Arbeiterblätter geben ständig ein ziemlich getreues Bild von dem beruflichen und gewerkschaftlichen Leben unserer Industrie. Um nur ein paar Arbeiterblätter nichtgermanischer Länder zu nennen: Die Humanität und die Volk du Peuple in Paris, der Peuple in Brüssel, der Labor Leader und der Daily Citizen in Manchester, der Call und die Volkzeitung in New York, der International Socialist in Sydney berichten unausgesetzt und zumellen ausführlich über unsere Berufe und Organisationen. Und gleich man daneben noch weitere eigenen Verbandsorgane und die zum Teil prächtigen und umfassenden Veröffentlichungen der Arbeitsämter, besonders die des englischen, australischen und amerikanischen, zu Male, so wird man nicht mehr Mangel, sondern eher Ueberfluß an geeignetem Stoff haben. Gewiß, auch dann werden noch Berichte über bestimmte Werkstatt- oder Organisationsfragen gewünscht werden, die nur die Organisation liefern kann. Aber diese werden von den Funktionären leicht zu erhalten sein, da sie durch ihre Tätigkeit damit vertraut sind und keine besonderen Studien oder Erhebungen benötigen. Es müssen diese Anfragen nur mit der Kenntnis der Verhältnisse des fremden Landes und den Hilfsmitteln der betreffenden Organisation gestellt werden, wie natürlich auch die Sichtung des Inhaltes der Arbeiterblätter und der amtlichen Veröffentlichungen nur von fachkundiger Hand vorgenommen werden darf. Damit ließe sich heute schon ein guter Teil der Mängel der Berichterstattung beseitigen und die Rundschau würde zu einem Organ werden, wonach jeder Kollege gerne greift und das in kurzer Zeit für unentbehrlich gehalten werden wird. Das wäre schon ein Fortschritt, wenn auch kein großer.

Der Internationale Metallarbeiterbund bedarf der Stärkung im Innern und dann vor allem des Zuwachses von außen. Die Erfüllung dieser Notwendigkeiten ist nur durch eine wirksame Propaganda seiner Ziele und seiner Nützlichkeit zu erreichen, einer Propaganda, die sich auf die Masse der Metallarbeiter erstrecken muß. Denn was nützt groß die Verherrlichung der Rundschau, die Begeisterung für den Bund, wenn sie sich bloß auf die Beamten und nicht auch auf den Stamm der Mitglieder erstreckt? Zur Agitation unter der Masse aber reicht die Rundschau nicht aus, da sie nur ein sehr kleiner Kreis von Mitgliedern erhält. Um nun den internationalen Gedanken in die Masse zu tragen, müßte die Arbeiterpresse benutzt werden. Das kann mit geringen Kosten geschehen.

Aus dem Inhalt der Rundschau sollten allmonatlich geeignete Artikel zusammengestellt und einer ausgewählten Zahl von Wochen- und Tagesblättern zugeandt werden. Jeder dieser Blätze müßte einen Hinweis auf den Internationalen Bund und seine Ziele enthalten. Dadurch würden die noch fernstehenden Mitgliedschaften wenigstens über die internationale Organisation unterrichtet. So gut wie die Arbeiterblätter die Berichte des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen aufnehmen, werden sie auch dem unseres Sekretärs Raum geben. Die Berichte der Gewerkschaftszentrale finde ich beispielsweise in vielen amerikanischen Arbeiterblättern nachgedruckt, und sie erfüllen, wie mich dünkt, ihren Zweck viel besser, als man füglich erwarten konnte.

Mit der Uebermittlung der Rundschauabzüge braucht es kein Beinenden nicht zu haben. Wenn nötig oder tunlich, müßten noch besondere agitatorische und informatorische Artikel von unserm internationalen Sekretär an geeignete, besonders amerikanische und englische Blätter gesandt werden. Auf diese Weise ließe sich eine wirksame und billige Agitation für unsere Internationalen betreiben. Wird sie eine Zeitlang geschäftig betrieben, so wird das Interesse der noch abseits stehenden Organisationen für den Bund wachsen. Solange bei diesen das Verständnis für den Bund nicht bis zu einem gewissen Grad geweckt worden ist, wird man vergeblich auf ihren Anschluß hoffen. Die Briten und Amerikaner, praktische Leute, die sie sind, wollen erst von der Güte einer Sache überzeugt sein, ehe sie Kraft und Mittel daran setzen.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand des internationalen Metallarbeiterkongresses kann nur sein: Wie ist der Internationale Metallarbeiterbund im Innern und von außen zu stärken? Auf diese Frage weiß ich keine bessere Antwort als: durch Werbung und Verallgemeinerung des Verständnisses für die Nützlichkeit, die Notwendigkeit der internationalen Vereinigung. Ist dies bis zu einem gewissen Grad gelungen, dann wird auch die leidige Gleichgültigkeit schwinden, damit die Neigung zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen und auch für den Beitritt zum Internationalen Bund wachsen. Diese Ermüdung hat mich bestimmt, Diskussion und Vorschläge auf die Sedung des Verständnisses zu beschränken. Ob der internationale Kongreß nun meinen Anregungen oder anderen zustimmt, ist vollständig nebensächlich. Hauptsache aber ist, daß er Mittel und Wege berät, wodurch die innere und äußere Stärkung des Internationalen Bundes möglich ist. Daß die dringend nötig ist, darüber kann kein Zweifel existieren. F r i k k u m m e r.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1913.

Der Statistik über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Metallarbeiter-Verbande liegen für das zweite Vierteljahr 1913 die Angaben von 435 Verwaltungstellen zugrunde, die 533 676 männliche und 28 057 weibliche Mitglieder, zusammen 561 733 Personen umfassen. Aus 21 Verwaltungstellen mit 2553 männlichen und 43 weiblichen Mitgliedern sind Berichtskarten nicht eingegangen. Einzelne Berichte gingen später zwar noch ein, konnten aber nicht mehr

höhere Gehälter für die Beamten bezahlen, wenn diese ihre Arbeit erfüllen, wie es die Mitglieder wünschen. Dittlich meinte, es seien fadenheime Gründe, die der Vorstand gegen die Befriedigung der Parteischüler anführt. Mehr denn je seien jetzt auch die Selbstverpflichtungen am politischen Leben interessiert. Wenn die Behörde wolle, könne sie die Gewerkschaft aus ganz anderen Gründen auch für politisch erklären. S. Schöfer behauptete, daß der Antrag, den Leipzig gegen die Wiesenfelder gestellt hatte, so langsam begraben wurde. Die Gehaltssteigerung in Verbindung mit der Stellung, die der Vorstand zu den Maßregelungsunterstützungen einnehme, müsse das Vertrauen der Kollegen erschüttern. Bedauerlich sei, daß die Freunde des Vorstandes nicht den Mut hätten, in der Generalversammlung zu reden, sondern nur dort, wo sie unter sich sind. Das seien die Organisationshersteller. (Stürmische Rufe: Schöfer!) S. Schöfer behauptete, daß so viele Beamte nach Breslau delegiert waren. S. u. f. g. meinte, man solle an die jetzigen Vorgänge bei den nächsten Wahlen denken. Nachdem ein Schlußantrag angenommen war, erhielt der Referent das Schlußwort. Er wandte sich gegen den Antrag Friedemanns. Er habe sich zu seiner Freude davon überzeugt, daß die Versammlung in Leipzig doch gar nicht rumkullert sei. Gegenwärtige Meinungen müßten eben diskutiert werden. In einer persönlichen Bemerkung erklärte Kollege Probst, er habe nur gewünscht, daß festgestellt werde, in welche Gehaltsklasse er kommen solle. Es folgten noch weitere persönliche Bemerkungen. Die vorliegenden Anträge und Resolutionen wurden gegen einige Stimmen angenommen. Die Kollegen Schöfer, Friedemann, Liebmann, Schilling und S. Schöfer wurden zur Delegiertenkommission gewählt.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben bereits in Nr. 28 angedeutet, wie die Vorwürfe gegen den Vorstand zu bewerten sind. Der Vorstand und der Kollege Masslich im besonderen nehmen übrigens die leibenschaftlichen Ausbrüche in den Leipziger Protestresolutionen nicht an. Das man aber nach der Breslauer Generalversammlung einige Beschwerden gegen den Vorstand aufbringen will und Erfolg zu erreichen hofft, das kann doch nur Heiterkeit hervorrufen. Schade um die Papierverschwendung dafür! Die Ausführungen des Kollegen Hermann hinten schon gesagt, daß es sich bei der Erklärung von Seering und Genossen um eine persönliche Meinungsäußerung dieser Kollegen handelt. Beschlüsse der Generalversammlung sind aber auszuführen. Daran werden die Leipziger Beschlüsse nicht ändern. Wir können ferner den Leipziger Kollegen versichern, daß uns schon so mancher Beschluß einer Generalversammlung nicht gefallen hat, und so wird es auch anderen Kollegen schon gegangen sein. Wir aber haben sich fügen müssen. Das müssen die Leipziger Kollegen auch lernen, denn es gehört nun einmal zum Akt der Demokratie und kann durch keine noch so „radikale“ Erhebung ersetzt werden. Es wäre sehr erfreulich, wenn die „lebenden Kräfte“ in Leipzig endlich zur Besinnung kämen.

Leipzig. Zu der Erklärung des Kollegen Fleischer in Nr. 28 bitten die Unterzeichneten um folgende Richtigstellung: Fleischer behauptet, es sei unwahr, daß er in Bezug auf die Leipziger Metallarbeiter in Breslau gesagt habe: „Wer einmal gestohlen, reißt immer wieder.“ Damit leitet sich Fleischer nur eine jämmerliche Klopffecherei, denn er mag es selbst nicht, die in dem Bericht aufgeführte Behauptung zu bestreiten, daß er (Fleischer) die organisierten Leipziger Metallarbeiter mit unverbesserlichen Dieben verglichen habe. Wenn sich Fleischer auf das Protokoll beruft, so sei nur darauf hingewiesen, daß er in Breslau 10 Minuten gesprochen hat, während seine Ausführungen im Protokoll mit ganzen 15 Zeilen abgefaßt sind. Fleischer ist auch, wie alle Delegierten, in der Lage gewesen, seine Rede im Protokoll zu revidieren, es braucht also keinen Menschen zu wundern, wenn die für Fleischer unangenehmen Stellen seiner Rede nicht im Protokoll stehen. Die Unterzeichneten halten die Behauptung, daß Fleischer die organisierten Leipziger Metallarbeiter mit unverbesserlichen Dieben verglichen hat, aufrecht, wie er ja auch behauptet hat, es sei in Leipzig ganz selbstverständlich, daß die Weglen gefächelt und den Kollegen bei der Abkündigung die Arme heruntergerissen würden. Die von Fleischer bestrittenen Worte: „Beweise habe ich nicht, aber es ist schon so“, hat er tatsächlich gesprochen, wenn sie auch merkwürdigerweise nicht im Protokoll stehen. Kurt Friedemann, Karl Hermann, Artur Lieberach, Herrn Liebmann, Philipp Ohlig, Ernst Schäfer, Herrn Schäfer, Erich Schilling. — Kollege Fleischer (Zustimmen) schreibt uns: Zu der „Richtigstellung“ der Leipziger Delegierten erkläre ich: Ich kann nichts dafür, wenn das Protokoll über meine Rede nur 15 Zeilen enthält; ich habe nichts geirrt. Die „Berichtigungen“ irren aber, wenn sie schreiben, ich hätte zehn Minuten gesprochen. Das war 10 Minuten Redezeit, jedoch habe ich höchstens 5 bis 6 Minuten gesprochen. Schon in Nr. 28 habe ich erklärt, daß ich die Leipziger Metallarbeiter anders charakterisiert habe, als mir jetzt untergefallen ist. Es ist mir selbstverständlich auch nicht einmal in den Sinn gekommen, geistig zu dem es auszusprechen, die Leipziger organisierten Metallarbeiter „unverbesserlichen Dieben“ zu vergleichen. Und wenn ich das wirklich getan hätte, wie können denn dann die „Richtigstellungen“, die in Breslau nicht einmal den Versuch machen, einen solchen Vorwurf zurückzuweisen? Friedemann hat ja nach mir gesprochen. Das ist mein letztes Wort in dieser Angelegenheit, eine weitere Auseinandersetzung hatte ich für überflüssig. Paul Fleischer. (Nachdem jetzt beide Teile zweimal zu Wort gekommen sind, ist es Zeit, die Diskussion zu schließen. Red.)

Leipzig. Kollege Liebmann schreibt uns: In der Nr. 28 vom 12. Juli 1913 bringt die Metallarbeiter-Zeitung einen Verbandsbescheid über die Versammlung der Verbandsmitglieder Leipzig vom 25. Juni dieses Jahres. In diesem Verbandsbescheid wird von der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung in einer Fußnote unter anderem gesagt: Der Kollege Liebmann wurde in große Verlegenheit kommen, wenn er behaupten möchte, daß die Delegierten in Breslau während der Mittagspause beschäftigt und totschlagen gemacht worden seien. Dazu bemerkt ich folgendes: Während der Mittagspause des Tages, an dem die Leipziger Mandate lauffert wurden, sah ich im Speiseraum des Breslauer Gewerkschaftshauses einen Delegierten des Verbandes, der eine ganze Anzahl jener roten Zettel bei sich hatte, die vor anderthalb Jahren in Leipzig bei der Wahl zur Ortsverwaltung an die Verbandsmitglieder verteilt worden. Auf den Zetteln standen die Namen von Kollegen, die zur Wahl für die Ortsverwaltung empfohlen wurden. Der vor mir stehende Delegierte hatte seine Zettel mit diesen roten Zetteln in der Hand und zeigte sie einer Anzahl anderer Delegierten. Was dabei gesprochen wurde, weiß ich nicht. Ich trat zu einer Gruppe von Kollegen, denen der Delegierte die Zettel zeigte und sagte zu den Delegierten: „Wenn ihr hier mit diesen Zetteln hantiert, geht, so steht das eine unangenehme Schandensache bevor.“ Auf diese Probenführungen habe ich meine Aufmerksamkeit, die der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung nicht gefällt. (Wird der große Unbekannte. Lab das soll ein Beweis sein. Red.)

Stuttgart. (Der Kampf bei der Firma Bojch.) Die Firma hatte sich sechs Wochen lang in dem schmerzlichen Dasein gewagt, die von ihr am 2. Juni aus Schöfer genehmigten Arbeiter werden alle sofort die Arbeit aufnehmen, wenn sie ihren Betrieb wieder öffnen. So sie ihre Selbstverpflichtung am Sonntag mitzuteilen, konnte die Arbeiterkraft von der Organisationsleitung nicht schnell genug unterstützt werden, wie sie sich zu der „Einladung“ der Firma verhalten sollte: es hatten sich deshalb eine größere Zahl Arbeiter zum Arbeitsbeginn gemeldet. Am Montag des 14. Juli fand aber eine Versammlung der Streikenden und Delegierten statt, die einmütig beschloß, die Arbeit nur unter der Bedingung aufzunehmen, daß vorher durch Verhandlungen ein Einverständnis zwischen der Firma und den Streikenden erzielt werde. Eine Erklärung von der Firma, die dieses Beschloß sollte jeder Arbeiter der Firma durch Unterschrift abgeben. Die Forderung dieses Beschloßes zeigte sich am 16. Juli, wo von der Angelegenheit nur eine geringe Zahl

Arbeitswilliger sich in dem Betrieb einfand. Dadurch wurde die Firma sehr erregt und sie beschloß in diesem Zustand darauf, jeden Tag folgende Zahlen von Arbeitswilligen bekannt zu geben. Die täglichen Meldungen bei der Kontrolle des Verbandes widerlegen aber diese Zahlen. Es sind von den 8750 Ausgesprochenen nur circa 400, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind. Dazu kommen eine Anzahl Meislerangehörige. Am 18. Juli gab die Firma bekannt, daß 1063 Arbeiter bei ihr beschäftigt und daß keine Beamten Meister und Lehrlinge in dieser Zahl enthalten seien. Es waren jedoch an diesem Tage in den gesamten Werken, in denen Differenzen bestehen, zusammen 1052 Personen anwesend. Davon waren: Meister und Kontrolleure 148, Werkstattmeister 102, Bureauhilfen 50, Frauen oder Mädchen 60, Lehrlinge 58, zusammen 418. So daß von den 1052 „Arbeitswilligen“ als wirkliche Arbeiter nur 634 verbleiben. Rechnet man auch die Leute ab, die sonst das ganze Jahr die Arbeitsämter in Stuttgart und Gammstadt belagern und nur Gelegenheitsarbeiter sind, so verbleiben im günstigsten Falle 400 brauchbare Arbeiter. Damit kann die Firma ihren Betrieb nicht weiterführen. Das hat sie auch eingesehen, deshalb ist sie, wie sie am 19. Juli bekannt gab, dem Verein der Metallarbeiter in Stuttgart und Gammstadt beizutreten. Herr Bojch teilt dies unter der Begründung mit, das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe ihn zu der Überzeugung gedrückt, daß es für die einzelne Firma nicht möglich sei, gegen die Machtgewalt der Gewerkschaft aufzukommen. Die Verletzung der übertriebenen Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes machten seinen Betrieb unmöglich. Was von diesem Verbands zu halten ist, darüber brauchen wir an dieser Stelle nicht mehr zu reden. Die Firma Bojch wird jedoch durch ihren Einzug in den Metallindustriellenverband nichts gewinnen, das wird sie sehr wohl einsehen müssen. Wenn die Ausgesprochenen in ihrer großen Mehrzahl weiter so laßhaft bleiben wie bisher, wird die Firma sich herablassen müssen, durch den Metallindustriellenverband mit anderen Verbänden die Verhandlungen führen zu lassen. Lasse sich niemand durch die Zahlen täuschen, die die Firma bekannt gibt. Sie hatte ja auch in den letzten Tagen erklärt, daß sie 4800 Arbeitsangeboten erhalten habe. Glaubt jemand, daß die Firma nicht die nötige Zahl Arbeiter einstellen würde, wenn sie brauchbare zur Verfügung hätte? — Am 20. Juli wurde im Industriehaus in Stuttgart eine Versammlung der Mitglieder der 100 000 Grenzplanken durchgeführt, in dem die Einmütigkeit über die Ursachen des Kampfes unterrichtet wurde. Auch die Namen und Wohnungen von circa 400 bei der Firma beschäftigten Arbeitern wurden darin bekanntgegeben mit dem Ergebnis, diese Arbeiter zu belagern, die Arbeit wieder niederzulegen. Täglich haben auch am Montag dem 21. Juli weniger die Tore des Betriebes passiert als in den letzten Tagen der vorigen Woche. Am 20. Juli wurde außerdem im Industriegebäude eine massenhafte besetzte Volksversammlung abgehalten, zu der erst durch das erhöhte Flugblatt — wenige Stunden vorher — Einladung erfolgt war. Kollege Eggert schilderte in ausgiebiger, streng sachlicher Weise den Kampf mit der Firma Bojch, wie sich dort die Dinge seit Jahren entwickelt haben. Die Versammlung betonte den Ausgesprochenen ihre Sympathie. — Der Zugang zu der Firma Robert Bojch in Stuttgart und Feuerbach ist jetzt fernzuhalten!

Verband i. S. Die Arbeiterchaft der Werkzeugmaschinenfabrik von C. F. Dittes, G. m. b. H., ist seit dem 12. Juli im Streik. Darüber geht durch die bürgerliche Presse eine Notiz, die nicht ganz den Tatsachen entspricht. Die Arbeiterchaft hat mit der Firma im Jahre 1911 einen Vertrag abgeschlossen, der am 30. Juni 1913 abläuft. Im abgelaufenen Vertrag bejahte der S. 1, daß ausprobierte Arbeiter nicht reduziert werden dürfen; nur im Falle einer technischen Verbesserung sollten diese neu geregelt werden. Die Verkleinerung hätte aber mit dem Ausprobieren gar nicht auf. War sie in der einen Abteilung fertig, so ging man gleich wieder zur anderen. Daselbst wiederum nach dem S. 5, der bejahte, daß nachteilig zu niedriger oder zu hoher Arbeit entsprechend ausgeglichen werden sollten. Im Herbst 1912 ließ die Verkleinerung die Kommission der Arbeiter zur Auslegung zu sich kommen. Sie erklärte hierbei, daß sie für sich keinen Plenum haben, sondern nur im Interesse der Arbeiterchaft einen gerechten Ausgleich schaffen wolle. Die Kommission hatte zu den Verhandlungen die alten Preislisten zusammengestellt, konnte aber mit ihnen nichts anfangen, da die Verkleinerung eine andere Anordnung der Preise vorgenommen hatte. Der Kommission war es nicht möglich, den Verhandlungen richtig folgen zu können. Die festgestellten Preise wurden auf Anweisung des Betriebsleiters in den Preislisten mit einem Eintrag versehen: es wurde jedoch an mehreren Stellen nachgemessen, daß die Preise nachträglich ohne Zustimmung der Kommission geändert wurden. Obwohl die Verkleinerung der Kommission erklärte hatte: Wir wollen für uns keinen Plenum haben, wurde doch durch gewissenhafte Zusammenstellung der alten und neuen Preislisten festgestellt, daß ohne die Verkleinerung Schabergarbeiten nur 12,75 M. ausgemacht, jedoch über 130 M. abgezogen wurden. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn die Arbeiterchaft sagt, daß die Firma trotz ihres Versprechens mindestens 8 Prozent abgezogen hat. In einzelnen Abteilungen wurden bis zu 10 M. in 14 Tagen weniger verdient als vor der „Regulierung“. Die Arbeiterchaft glaubte nun, daß die Verkleinerung mit dem Ausprobieren fertig sei; sie sollte aber bald gewahr werden, daß sie sich geirrt hatte, denn noch in den letzten Wochen sollte das Ausprobieren wieder losgehen. Auf Grund aller in dieser Beziehung gesammelten Erfahrungen kam die Arbeiterchaft nach reiflicher Überlegung zur Besinnung des Vertrages. Nach den Erfahrungen der bürgerlichen Zeitungen wird die Angelegenheit so hingestellt, daß die Arbeiterchaft eine Lohnsteigerung von 3 S. fordert und die Firma 2 S. bewilligt hätte. Man will mit dieser Notiz die Leser glauben machen, daß die Arbeiter nur aus dem Streik die Arbeit eingestellt hätten. Die Forderungen der Arbeiterchaft seien aber so aus: Bei einer Tarifveränderung von zwei Jahren die Woche. Dieses wurde von der Firma bewilligt. 2. Für alle Arbeiter, die einen Stundenlohn von 45 S. und darüber haben, mußte das Lohnsteigerungs für die Verkleinerung der Arbeitszeit eine sofortige Erhöhung um 2 S., weiter 1 S. am 1. April und 2 S. am 1. Oktober 1914. Für die Lohnarbeiter, die unter 45 S. haben, sofort 3 S. und weitere je 2 S. am 1. April und 1. Oktober 1914. 3. Für die Arbeiterchaft der einzelnen Paragraphen des Vertrages. 4. Eine sofortige Erhöhung der Arbeiterchaft um durchschnittlich 4 Prozent. Um die Firma mit den Forderungen nicht zu überempfinden, reichte sie die Arbeiterchaft schon 3 Wochen vor dem Ablauf des Vertrages ein. Bei den Erhöhungen der Arbeiterchaft sollte keine unwillkürlichen Forderungen auf, sondern nur gerechtfertigte. Die alten und jetzigen Preise zusammen. Es wurden nur Aufbesserungen auf die Arbeiterchaft gefordert, die unabhängig einer Erhöhung bedürften. Die Erhöhung betrug trotz der Abzüge in Höhe von mindestens 8 Prozent nur durchschnittlich 4 Prozent. Bei einzelnen Abteilungen wurden sogar Erhöhungen zu Stande. Die Direktion erklärte auch, von einigen Stellen abgesehen, an, daß die Forderungen gering und erfüllbar sind. Sie wollte sich bei den schlechtesten Arbeitern nicht an den sofort gestrichelten Betrag von 3 S. binden, sondern bei diesen über den Betrag hinausgehen, während die bestbezahlten Arbeiter nur den Ausgleich bekommen sollten. Sie verlangte ferner die Einmütigkeit des Verbands, abgesehen bis 1. Januar 1914. Je Anbetracht dessen, daß die Forderungen sehr gering eingestuft werden waren, lehnte die Arbeiterchaft die Angelegenheit der Firma ab, war aber mit der Verkleinerung bis 15. August 1913 einverstanden. Die Firma lehnte diesen Termin ab, verweigerte aber so schnell wie möglich den Abbruch, indem sie am 1. Oktober 1913 zu bestimmten Stellen zu einem neuen Vertrag einmütig und einmütig diesen Vorstoß zu, machten aber zur Bedingung die Verkleinerung der Arbeitszeit und Zahlung des Lohnsteigerungs in der Firma von 1 S. die Stunde vom 1. Juli 1913 an. Das wurde aber von der Firma abgelehnt; der Verbands lehnte die Antwort, daß man überhaupt noch nicht wisse, ob die Firma am 1. Oktober abbrechen würde. Auf Grund

dieses Bescheides reichten die Arbeiter die Kündigung ein. Schöfer überreichte dem Vorstand die Direktoren, schon in den ersten Kündigungsmonaten die Löhne durchzubringen; nicht also nur den Ausgesprochenen zu bewilligen, sondern sich auch schon zu den Hoffnungen zu äußern. Der Kommission gegenüber wurden aber alle ja zu gemachten Zugeständnisse abgelehnt. Nach langem Verhandeln bewilligte die Firma die Gewährung des Lohnsteigerungs von 1 S., weitere Zugeständnisse lehnte sie während der Vertragsdauer ab. Es wurde nun von den Arbeitern Stellung zu den gemachten Zugeständnissen genommen; diese wurden abgelehnt. Nach der Ablehnung beschloß die Arbeiterchaft gegen 5 Stimmen, in den Zustand zu treten. Nach den Berichten der bürgerlichen Zeitungen will die Firma aber 2 S. bewilligt haben, davon ist der Kommission nichts bekannt. Das S. auch nicht zutrifft, geht aus dem Bericht aus einem Anschlag hervor, den die Direktion am 7. Juli der Arbeiterchaft zur Kenntnis brachte. Der Anschlag lautet wörtlich: „Wie wir aus bestimmter Quelle wissen, scheint der größte Teil unserer Arbeiterchaft über die mit der Kommission geführten Verhandlungen nicht vollständig unterrichtet zu sein. Wir hatten folgende Zugeständnisse gemacht: 1. 1 Stunde weniger Arbeitszeit, 2. 1 S. Zulage für alle Lohnarbeiter, 3. Ausgleich der Tariflöhne ab 1. August bis spätestens Ende September und 4. Vertrag bis Ende 1914. Wir halten oben angeführte Zugeständnisse weiter aufrecht, wären sogar bereit, einen weiteren Pfennig pro Stunde ab 1. April 1914 zuzulegen. Vorher, den 7. Juli 1913. (Unterschrift.)“ Daraus wird die Deutung ersicht, daß von den Arbeitern nicht aus Liebe zum Streik die Arbeit niedergelegt wurde, sondern daß sie zu diesem Schritt von der Betriebsdirektion getrieben worden ist. Wäre es der Firma ernst gewesen mit ihren Versprechungen, hätte sie den Zustand vermeiden können.

Bohrer.

Berlin. Nach Überwindung außerordentlich großer Schwierigkeiten wurde am 13. Juni dieses Jahres vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts für die Berliner Bohrleger und Helfer ein Tarifvertrag abgeschlossen, der wesentliche Verbesserungen leider nicht bringt. Dem Tarifabschluß gingen monatelange Verhandlungen der bisherigen Schlichtungskommission voraus; diese Kommission bestand durchweg aus Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes (Wiesenthaler). Wir haben also auf die Gestaltung des neuen Tarifvertrages keinen Einfluß gehabt. Dadurch soll aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß er durch unsere Mitwirkung unter den gegebenen Verhältnissen irgendwie besser gestaltet werden konnte. An dem geringen Ergebnis der Tarifbewegung war in allererster Linie der Mangel einer einheitlichen Organisation schuld. Denn ein Teil der Berliner Bohrleger und Helfer ist noch im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Dazu kam weiter, daß innerhalb des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes Zerwürfnisse ausbrachen, in deren Verlauf dann fast die gesamte Berliner Mitgliedschaft sich von dem Wiesenthaler Verband loslöste und einen eigenen (lokalen) Verein gründete. Durch diese Zerwürfnisse innerhalb des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden natürlich die ganzen Tarifverhandlungen außerordentlich ungünstig beeinflusst. Denn trotz aller Abwehrgedanken versuchte Wiesenthaler mehrmals, die Tarifverhandlungen zu fögen, um, wenn irgend möglich, sich selbst wieder die Herrschaft zu sichern. Nachdem das Ergebnis der Verhandlungen der Schlichtungskommission vorlag, gab es für uns nur die eine Frage: entweder den neuen Tarifvertrag ebenfalls als Organisation anzuerkennen, oder aber wie bisher außerhalb des Tarifvertrages zu stehen. Wir haben den ersten Weg gewählt, weil unter den gegebenen Verhältnissen es nicht zweckmäßig erschien, ferner außerhalb des Tarifvertrages zu stehen. Mit dem Tarifvertrag ist unter anderem auch ein Sozialarbeitsnachweis verbunden, der, eingerichtet und erhalten von dem Arbeitgeberverband, der Schlichtungskommission des Tarifvertrages untersteht. Nun hat die ganze daniederliegende Bauwirtschaft auch auf die Gestaltung des Tarifvertrages ihren Einfluß ausgeübt und war auch mitbestimmend für die Frage, ob wir als Organisation dem Tarifvertrag beitreten. Nicht unwesentlich war dabei, daß Wiesenthaler aus der ganzen Bohrlegerbewegung durch die Verkleinerung der Berliner Mitgliedschaft seines Verbandes ausgeschaltet wurde und demnach gar nicht mehr in Frage kam. Wenn man alle diese Verhältnisse berücksichtigt, wird man begreifen, daß die Unternehmer sich diese Verkleinerung im Berliner Bohrlegergewerbe zunutze gemacht haben und deshalb mit ihren Bewilligungen außerordentlich zurückhaltend waren. Es war deshalb nur möglich, bei einer dreijährigen Tarifperiode den Mindestlohn für Monteure von 72% auf 76% S. die Stunde zu erhöhen, während der Lohn der Helfer nur von 55 auf 58 S. hinaufgesetzt werden konnte. Außerdem brachte der Tarifvertrag noch eine Reihe von Verbesserungen, die aber hier zunächst nicht weiter erörtert zu werden brauchen. Nach Abschluß des Tarifvertrages, der zwischen dem Arbeitgeberverband und unserer Organisation sowie dem von Wiesenthaler abgespaltenen Verein Berlin des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes abgeschlossen wurde, fand die Wahl einer neuen Schlichtungskommission statt, die zu gleichen Teilen von den beiden Arbeiterverbänden besteht wurde. Damit ist der erste Schritt zu geordneten Verhältnissen in diesem Bereich wieder geschaffen und es steht zu erwarten, daß die nächste Tarifbewegung ein besseres und einheitlicheres Organisationsverhältnis der Berliner Bohrleger und Helfer zeitigen dürfte. Die in der Branche tätigen Kollegen haben bereits erkannt, daß nicht nur die ungünstige Lage im Baugewerbe ihren Einfluß auf die Gestaltung des neuen Tarifes ausgeübt hat, sondern daß in allererster Linie die Zerwürfnisse in der Organisation an diesem Mißerfolg schuld hat. Dieser Gedanke hat bereits tiefe Wurzeln unter den Branchenkollegen geschlagen und es darf erwartet werden, daß er Gemeingut aller Kollegen dieser Branche wird.

Schmiede.

Chemnitz. Der im Jahre 1910 zwischen dem Zentralverband der Schmiede und der Chemnitzer Schmiedekammer abgeschlossene Tarifvertrag ist seit dem 30. Juni 1913 ab. Er hätte allerdings seine Gültigkeit weiter behalten, wenn er nicht zwei Monate vorher gekündigt worden wäre. Da der Geschäftsgang nur ein mittelmäßiger genannt werden konnte und das Organisationsverhältnis nicht gut war, hatten die Gewerkschaft und der Vorstand schwere Bedenken gegen die Einleitung dieser Bewegung. Trotz alledem mußte der jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechende Tarif gekündigt werden. Auf die neu eingereichten Forderungen antworteten die Innung und die Nachmittagsmeister, daß eine Arbeitszeitverlängerung und eine Erhöhung der Löhne kurzzeit vollständig ausgeschlossen sei. Die Gehilfen sollten warten, bis bessere Zeiten kämen. Da aber noch Anstich der Chemnitzer Schmiedemeister bessere Zeiten niemals kommen werden, beschloßen die Gehilfen, der Innung mitzutellen, daß sie nicht gewillt seien zu warten, sondern verlangen, daß der dem 1. Juli in Verhandlungen eingetretene wird, widrigenfalls sich die Meister die Folgen selbst zuzuschreiben hätten. Daraufhin fanden am 27. Juni Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen statt. Die Meister stellten sich zunächst ziemlich bodenständig. Eine Arbeitszeitverlängerung sollte es durchaus nicht geben und Lohnsteigerung wollte man höchstens 2 S. die Stunde zugestehen. Als nun aber die Gehilfenkommission erklärte, daß sie auf dieser Grundlage nicht verhandeln und deshalb die Sitzung verlassen wollte, wurden die Meister sofort anderer Meinung. Es zeigte sich, daß der Streik vor drei Jahren doch nicht umsonst gewesen ist. Nach langem Verhandeln wurde dann ein Arbeitszeitverlängerung von 1 1/2 Stunden die Woche und eine durch 10% Erhöhung der Mindestlöhne von 5 S. die Stunde vereinbart. Der neue, zwischen der Schmiedekammer und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarif hat folgenden Wortlaut: 1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 57 (nach dem alten Tarif 58 1/2) Stunden. Sie beginnt Montags früh um 7 Uhr, an den

